

**Stephan Lessenich/Mario Neumann/
Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti (Redaktion)**



Anders regieren?

**Von einem Umbruch, der ansteht,
aber nicht eintritt**

VSA

Herausgegeben vom



Institut
Solidarische
Moderne

Stephan Lessenich/Mario Neumann/
Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti (Redaktion)
Anders regieren?

Das im Januar 2010 gegründete *Institut Solidarische Moderne* mit Sitz in Berlin versteht sich als Programmwerkstatt für solidarische Politikkonzepte, die über die Grenzen unterschiedlicher politischer Zugänge und Mitgliedschaften in Parteien, NGOs, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hinweg im Dialog entwickelt werden. Die dafür notwendigen methodischen Verfahren bilden zugleich eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik und verfolgen perspektivisch die Zusammenführung der unterschiedlichen Ansätze zu einem Projekt, das auf eine umfassende gesellschaftliche Alternative zum Neoliberalismus zielt.

Stephan Lessenich / Mario Neumann /
Thomas Seibert / Andrea Ypsilanti (Redaktion)

Anders regieren?

Von einem Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt

Herausgegeben vom
Institut Solidarische Moderne

VSA: Verlag Hamburg

www.solidarische-moderne.de

www.vsa-verlag.de

Die Fotos auf den Seiten 78-88 sind von David Schommer
(www.davidschommer.de; E-Mail: info@davidschommer.de)

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-604-6

Inhalt

EINLEITUNG

Anders Regieren?	10
<i>Stephan Lessenich/Mario Neumann/ Thomas Seibert/Andrea Ypsilanti</i>	

DENKANSTÖSSE:

DEUTSCHLAND UND EUROPA NACH DEN WAHLEN 2013 UND 2014

Warum es (auch diesmal) keinen Politikwechsel geben wird	16
Deutschland nach der Wahl – aus Sicht einer solidarischen Moderne <i>Stephan Lessenich/Anke Martiny/Thomas Seibert</i>	

Die ungelöste Eurokrise	21
Zwischenfazit und Ausblick anlässlich der Europawahl <i>Cansel Kiziltepe/Lisa Paus/Axel Troost</i>	

Der tote Punkt und der Kapitalismus »zweiter Potenz«	51
<i>Frank Engster</i>	

DOKUMENTATION

Die Summer Factory 2013 in Wort und Bild	76
<i>Martin Wimmer</i>	

Fotodokumentation der Summer Factory 2013 <i>David Schommer</i>	78
---	----

Parteilpolitische Perspektive auf die Bedingungen und Hindernisse einer Linksregierung	89
<i>Moritz Warnke im Gespräch mit Andrea Ypsilanti und Astrid Rothe-Beinlich</i>	

ARBEITSGRUPPEN

Soziale Bewegungen und linke Parteien

Doppelstrategie Zweipunktnull?	102
Zu den aktuellen Bedingungen eines neuen Kooperationsmodus von linken Parteien und sozialen Bewegungen <i>Jan Schlemermeyer</i>	
Rot-Grün-Rot anders	110
<i>Thomas Seibert</i>	
Möglichkeiten einer neuen Form der Kooperation von linken Parteien und Bewegungen	117
Erfahrungen an der Schnittstelle <i>Corinna Genschel</i>	
Linke Parteien und soziale Bewegungen – Erfahrungen aus Lateinamerika	125
<i>Thomas Fatheuer</i>	

Transformation des Politischen

»Radikale« Politik	130
Postpolitischer Kapitalismus, gesellschaftliche Archaisierung und der »Nom-de-L/Égalité« <i>Volker Koehnen</i>	
Zur Resozialisierung der Demokratie	150
Konturen einer emanzipatorischen Transformation der Politik <i>David Salomon</i>	
Für Mikropolitik	157
Zehn Thesen zur Transformation des Transformationsbegriffs <i>Daniel Loick</i>	

Linksregierung und Medien

Linke Medienpolitik	163
<i>Thomas Lohmeier</i>	

Informationen in den gesellschaftlichen Kontext einpassen	168
<i>Vera Bunse</i>	
Sozial-ökologische Politik, Linksreformismus und die Medien	174
<i>Tom Strohschneider</i>	
Über die Grenzen des Medienbaukastens	180
<i>Dieter Rucht</i>	
Was wir von dem Medien-Umbruch lernen könnten	186
<i>Wolfgang Storz</i>	

Gesellschaftswandel ist Kulturwandel

Worüber redet das ISM, wenn es über Kultur redet? – Zehn Thesen ..	193
<i>Martin Wimmer</i>	
Kultur: Geist der Zeit	195
Die gegenwärtige Schwäche der Linken ist ihr Mangel an Utopie	
<i>Fritz Glunk</i>	
Wer den Code kennt	199
Kultur- und Bildungspolitik zwischen Selbstbeobachtung, Schwarmintelligenz und Verteilungskampf	
<i>Ina Hartwig</i>	
Faszination und Macht neoliberaler Kultur	205
<i>Klaus-Dieter Stork</i>	
Kulturelle Dimensionen einer solidarischen Zukunft	208
<i>Dieter Kramer</i>	

LINKE IM WARTESTAND

Das Ende soll ein Anfang sein	220
<i>Andrea Ypsilanti</i>	
Sturm und Drang der Multitude	224
Der Zauberspruch der besetzten Plätze und die Borniertheit der Linken	
<i>Mario Neumann</i>	

Auf der Suche nach einer politischen Strategie der gesellschaftlichen Transformation für die heutige Zeit	241
<i>Frieder Otto Wolf</i>	
Jenseits der politischen Arithmetik	261
Über die Funktionen von Mitte-Links-Regierungen und Strategien gesellschaftlicher Veränderung	
<i>Raul Zelik</i>	
Agenda 2020	281
Der Politikwechsel, wenn es ihn gibt, kommt anders als gedacht	
<i>Thomas Seibert</i>	
Autor_innen	299

Agenda 2020

Der Politikwechsel, wenn es ihn gibt, kommt anders als gedacht

Thomas Seibert

Die Große Koalition ist ein europäisches Projekt. Ihr in den Ausführungsbestimmungen noch offenes, doch im Prinzip bereits fixiertes Ziel liegt in der *Konstitutionalisierung* der Troika-Politik. Diese ist notwendig, weil die Troika-Politik in ihrer bisherigen Form aus der Entscheidung eines Ausnahmezustands geboren wurde. Sie war daher demokratisch nicht nur nicht legitimiert, sondern hat die Verfassung, die *Konstitution* der Demokratie eklatant verletzt. Wer ein Interesse an der Absicherung und Fortsetzung der Troika-Politik hat, muss sie jetzt auf solideren Boden stellen. Dazu gehört vor allem anderen die endgültige Verschiebung der politischen Entscheidungsdimension weg von der nationalstaatlichen Ebene hin zu einer mit ihrer Konstitutionalisierung auf lange Zeit festgelegten EU-Politik. Politik in Europa wird künftig *konstitutiv* europäische Politik, wird Politik der EU sein: Politik der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments und der von beiden ausgearbeiteten und durchgesetzten Gesetze und Verordnungen. Das wird nicht heißen, dass nationalstaatliche Politik als solche ausgebootet wird, im Gegenteil: Die Politik der EU wird maßgeblich deutsche Politik sein, primär abgestimmt mit den europäischen Regierungen, die auch bisher schon Troika-Regierungen waren. Wer sich ihr widersetzen will, muss das von jetzt an mindestens immer auch auf europäischer Ebene tun.

1. Ein Gespenst geht um in Europa

Die dazu wegweisenden nächsten Etappenziele werden aktuell in den Verhandlungen über einen »Europäischen Wettbewerbspakt« wie in den Verhandlungen zum so genannten TTIP-Abkommen abgesteckt. Der politische Sinn dieser Vertragswerke liegt in der rechtsverbindlichen Absicherung der über die Troika durchgesetzten Krisenregelungen durch ihre in der Sache systematisierte und in der Form gewalt- und zwangsbewehrte Einschreibung in alle nationalstaatlichen Politiken. Das in Europa umgehende Gespenst ist also das Gespenst fortgesetzter Entwertung, Entrechtung und Entsicherung der Arbeit einschließlich der Unterwerfung aller »Überflüssigen« unter die

Zwangsverwaltung ihrer Arbeitskraft. Es ist zugleich das Gespenst der fortgesetzten Auslieferung des verbliebenen öffentlichen Eigentums und der verbliebenen öffentlichen Dienste an ihre private Verwertung und Ausplünderung. Es ist in all dem das Gespenst des fortgesetzten Abbaus sämtlicher sozialer und politischer Rechte und der endgültig in Verfassungsrang erhobenen Unterstellung des Politischen unter dem Primat der Ökonomie.

Das Gespenstische dieses Gespenstes liegt darin, dass die Konstitutionalisierung der Troika-Politik auf dem Weg einer großkoalitionären Moderation durchgesetzt werden wird. Deren Marschrichtung legten die sozialdemokratischen Regierungschefs auf dem strategischen Treffen fest, zu dem sie am 21. Juni 2014 in Paris zusammenkamen. Einigten sie sich dort einerseits medienwirksam auf einen ganzen Katalog von Einsprüchen gegen die bisherige Troika-Politik, stellten sie die von ihnen eingeforderten Änderungen andererseits erklärtermaßen in den Rahmen des »Stabilitäts- und Wachstumspakts«. Sie bestätigten ihn damit verbindlich auch als ihren eigenen und folglich als den Rahmen künftiger europäischer Politik überhaupt. Zum Paradigma dieser Moderation ist die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns geworden, mit dem die deutsche Sozialdemokratie ihren Beitritt zur Merkel-Regierung legitimiert. Mit ihm wird die Entwertung und Verunsicherung der Arbeit nicht gestoppt und schon gar nicht umgekehrt, sondern auf das Maß ausgerichtet, dessen Unterschreitung politisch unkalkulierbar wäre.

Alle Mächte des gegenwärtigen Europa haben sich verbündet, um diesem Gespenst die Türen zu öffnen. Die Große Koalition, verstanden als zugleich aus der Krise und aus der Vernunft geborene und durch sie begründete Allianz des rechten und des »linken« Pols der Gesellschaft, ist die Form, die dieses Bündnis angenommen hat. Benötigt wird sie zumindest für die Zeit der Konstitutionalisierung der Troika-Politik; danach könnte sie, nicht anders als die Troika selbst, durch andere Formationen ersetzt werden. Ihre aufeinander verweisenden Musterfälle sind die deutsche Koalition von CDU und SPD und die griechische Koalition von Nea Dimokratia und Pasok: Die eine sorgt für die Zustimmung der trotz aller Verluste noch einmal Davongekommenen, der andere für die Zustimmung, widrigenfalls die Ausschaltung der offensichtlich Schlechtweggekommenen. Die Bildung weiterer Großer Koalitionen ist in Vorbereitung: In Spanien wird es um die Neutralisierung einer erstarkten linken, in Frankreich um die Neutralisierung einer erstarkten rechten Opposition gehen. Ebenfalls paradigmatischen Charakters ist die anstehende Neujustierung der großkoalitionären EU-Kommission. Das Geschacher um Juncker und der Umstand, dass die internen Kon-

flikte des rechten Lagers durch die Sozialdemokratie abmoderiert wurden, können dabei als Muster der Inszenierung eines Scheingefechts verstanden werden, mit dem verdunkelt wird, dass man sich in den viel beschworenen »Inhalten« einig ist: insoweit jedenfalls, als die letztendliche Einigung im Ganzen durch den Streit in den Ausführungsbestimmungen nicht gefährdet, sondern besiegelt wird.

Die wahlkampfförderliche Ablehnung des von Angela Merkel Anfang 2013 vorgelegten ersten Entwurfs eines europäischen »Wettbewerbspakts« war die erste Bewährungsprobe, die nach erfolgreichem Wahlkampf vorgenommene Überweisung der TTIP-Verhandlungsführung an den Vizekanzler und Wirtschaftsminister Gabriel eröffnet die zweite Bewährungsprobe der großkoalitionären Vernunft. Die eigentliche Bedeutung dieses Prozesses aber liegt darin, dass es *danach* gar keinen Unterschied mehr machen wird, wenn die Große Koalition durch eine schwarz-braun-gelbe Alleinregierung des rechten oder durch eine rot-grün-rote Alleinregierung des linken Pols abgelöst werden würde: Jede künftige Regierung muss sich dann in dem Rahmen bewegen, den ihr der Wettbewerbspakt und das TTIP setzen. Klargestellt hat das wiederum nicht zufällig die deutsche Sozialdemokratie, die unmittelbar nach der Bildung der Großen Koalition verkünden ließ, nach deren Abschluss auch zur Koalition mit der LINKEN bereit zu sein. Das ist es, was wir verstehen müssen, darum geht es. Deshalb muss ein tatsächlicher Politikwechsel von jetzt an anders gedacht werden.

1.1 Delegitimierung der Politik

Die dem jetzt zu konstitutionalisierenden Ausnahmezustand zugrunde liegende Krise ist nicht nur eine »Finanz-« und »Schuldenkrise«, sondern eine ebenso systemische wie globale Krise der Ökonomie, der Ökologie, der Kultur, der Reproduktion und der Politik. Sie ist zugleich eine grundlegende Krise der global hegemonialen Lebensweisen und in all dem die eine und umfassende Krise der neoliberalen und also der kapitalistischen Globalisierung selbst. War die Troika-Politik Krisenverwaltung im Ausnahmezustand, soll ihre großkoalitionäre Moderation diese Krisenverwaltung auf Dauer stellen. In der nächsten Zeit werden sich dabei vor allem drei ineinander verwobene Dynamiken fortsetzen.

Die erste dieser Dynamiken unterscheidet sich prinzipiell von den beiden anderen, weil sie die einzige ist, der trotz aller Ambivalenzen ein Versprechen innewohnt. Dieses Versprechen liegt in der beeindruckenden, historisch so noch nie gesehenen transnationalen Widerstandsbewegung, die der systematische Angriff der Troika auf die Rechte und das schiere Überle-

ben von Millionen Menschen im Süden und Osten der EU auf den Plan gerufen hat. Wenn es dieser Bewegung gelungen ist, die Legitimität der herrschenden Politik massiv in Frage zu stellen, lag dies nicht nur, aber doch wesentlich an ihrer untergründigen Verbindung zu der überraschenden, in ihrem Möglichkeitspotenzial noch gar nicht ausgeschöpften Resonanz, die der Arabische Frühling überall auf der Welt gefunden hat. Niedergeschlagen hat sich die Delegitimierung ausnahmslos aller gegenwärtig regierenden politischen Kräfte in den zurückliegenden Europawahlen. Sie hat dies – erfreulicherweise – in der Stabilisierung, in Griechenland und Spanien sogar in deutlichen Zugewinnen oppositioneller Linksparteien getan. Niedergeschlagen hat sie sich aber auch und mit weitaus größerer Wucht in den Stimmengewinnen der radikalen Rechten in nahezu allen europäischen Ländern, allen voran im sozialistisch regierten Frankreich. Niedergeschlagen hat sich die Delegitimierung der Politik darüber hinaus in der weiterhin massiven Stimmenthaltung eines Großteils der Wahlberechtigten.

Konnten die meisten aktuell regierenden politischen Kräfte ihre Mehrheiten und, mindestens ebenso wichtig, ihre Anordnung nach einem rechten und einem linken Pol formell wahren, liegt dies allein daran, dass vor allem die Menschen nicht mehr zur Stimmabgabe bereit waren, auf die seit Jahren die Lasten der Krisen abgewälzt werden. Europa folgt hier den USA: Politik wird zur Sache derer, die sich von ihr überhaupt noch etwas versprechen. Die formelle europäische Demokratie ist eine Mitte-Oben-Demokratie, die auf dem Nicht-mehr-Mittun von rund der Hälfte der formell Wahlberechtigten beruht.

Wird die Delegitimierung der Politik vorerst trotzdem keinen Durchschlag auf die europäische Realpolitik haben, liegt das daran, dass sich die Politik der EU-Regierungen, der sie tragenden politischen Parteien samt der sie begleitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Medien vor solchem Widerspruch, vor solchen Widersprüchen weitgehend abgeschottet hat. Herrschende Politik handelt zunehmend in systematischer Ignoranz der trotz ihrer Ambivalenzen unmissverständlichen Voten und Referenden der von ihr verwalteten Gesellschaften. Die Große Koalition ist die politische Form, in der sich diese Ignoranz »demokratisch« zu legitimieren sucht. Das Abfeiern der in Wahrheit rein rechnerischen »Stimmengewinne« der SPD durch ihren Vizekanzler nimmt sich vor diesem Hintergrund als geradezu infames Manöver, darin aber als Zeugnis eines unumkehrbaren moralischen Verfalls aus.

1.2 Postdemokratie

Damit sind wir schon bei der zweiten Krisendynamik. Die Vielzahl der sich gegenseitig verstärkenden Krisen verdichtet sich nicht erst seit gestern in der Aushöhlung und Entleerung der *konstitutionellen* Demokratie, für die sich der Begriff der »Postdemokratie« eingebürgert hat. Obwohl nach wie vor Wahlen abgehalten werden, und obwohl diese Wahlen noch immer und immer wieder zur Abwahl der einen oder anderen Regierung führen, ändern formell demokratische Prozeduren nur sehr wenig am »alternativen« Fortgang einer Politik, die von Eliten entworfen, von Eliten umgesetzt und für Eliten gemacht wird und darüber hinaus nur den Sinn hat, das Bestehende in seinem Bestand zu verwalten. Ein Grund dafür ist, dass es der postdemokratischen Politik nach wie vor gelingt, relevante gesellschaftliche Gruppen passiv einzubinden und die wachsende Verzweiflung von Millionen wie den wachsenden Protest von Hunderttausenden derart politisch zu neutralisieren. Paradebeispiel ist die im Machtgefüge der EU führende deutsche Postdemokratie, die sich der Unterstützung fast aller im Parlament vertretenen Parteien, des Mainstreams der Medien, relevanter Teile der Gewerkschaften und damit der eigenen Mehrheitsgesellschaft sicher sein kann. Weil sie den Anschein aufrechterhält, durch einen rechten und einen linken Pol strukturiert zu werden, kann sie die Ausbildung einer Alternative effektiv blockieren. Dies gelingt ihr nicht trotz, sondern gerade wegen der auf das Ganze ihrer Lebensverhältnisse ausstrahlenden Verunsicherung immer größerer Teile der Gesellschaft: eine stabile Instabilität oder, nach einem ursprünglich auf die Reagan-Ära bezogenen Ausdruck des Philosophen Jean Baudrillard, eine »Metastabilität«, die in der Großen Koalition ihre vernünftige, weil rechts-links-moderierte Lösung gefunden hat.

1.3 Auf Leben und Tod

Die dritte und zweifellos erschreckendste Krisendynamik beginnt mit der über den postdemokratischen Zustand hinausführenden Einrichtung offen autoritärer Machtstrukturen. Sichtbar wird dieses Moment in den auf Demonstrantinnen und Demonstranten einprügelnden Polizeieinheiten, deren zunehmend unerträglicher Anblick mittlerweile zum Normalprogramm der Abendnachrichten gehört. In der Ähnlichkeit der Bilder blitzt der Zusammenhang der europäischen Krisendynamik mit der Eskalation der Krisen außerhalb Europas und an den Rändern der EU auf, fern von uns in Syrien, näher schon in der Türkei und noch einmal näher in der Ukraine.

Politisch entscheidend war und ist dabei, dass sich die auf Osterweiterung zielende EU- und NATO-Politik und die auf aggressive Besitzstandswahrung

ausgerichtete russische Politik gleichermaßen einer bewussten Eskalierung sozialer Konflikte bedienten – EU und NATO in Bezug auf den Maidan, Russland in Bezug auf den Anti-Maidan. An deren sozialen und politischen Anliegen waren weder Brüssel noch Moskau interessiert: Ihnen ging es – wie der ebenfalls auf eigene Rechnung intervenierenden USA – allein um ihren jeweiligen taktischen Vorteil in innerimperialer Konkurrenz. Erschreckend aber war und ist nicht allein das hinter den jeweiligen Rhetoriken nur notdürftig verborgene Machtkalkül. Erschreckend ist vielmehr, dass und wie die für die Eskalation verantwortlichen Eliten fast in eine direkte militärische Konfrontation »geschlittert« wären und derart Millionen in einen Krieg hätten stürzen können. Zeichnete sich die sozialdemokratisch geführte Außenpolitik auch hier durch ihr Vermögen zur autoritären Moderation aus, belegt die unverfrorene Kriegshetze des großkoalitionären Bundespräsidenten Gauck, dass der Krieg in bereits präsidential abgesegneter und insoweit auch konstitutionalisierter Weise Fortsetzung dieser Politik mit zwar anderen, doch in der Sache gleichsinnigen Mitteln sein wird.

2. Kreisgänge

Mit der Platzierung der großkoalitionär moderierten Postdemokratie auf der mittleren Position dieser dreistufigen Krisendynamik haben wir den Punkt bestimmt, auf den es uns ankommt. Denn die real existierende »Alternativlosigkeit« und die aus ihr resultierende Metastabilität der herrschenden Verhältnisse fällt mittlerweile auf die Widerstandsbewegungen zurück, die sich aktuell in einer Phase zwar nicht des Abschwungs, doch eines ermüdenden Gangs im Kreis befinden. Dies ist so, obwohl die Bewegungen sich in einem historisch nie gekannten Ausmaß transnational koordinieren, und obwohl sie sich diesseits und jenseits der Großdemonstrationen, Generalstreiks und Massenversammlungen in alltäglichen Widerstandspraktiken lokalisieren oder kommunalisieren: in der Schaffung eigener Öffentlichkeiten, in Netzwerken nachbarschaftlich alltäglicher und reziproker Solidarität, in der Schaffung erster gesellschaftlicher Gegeninstitutionen. Die den Bewegungen dennoch gesetzte Grenze wurde bezeichnenderweise gerade dort deutlich, wo sie diese Grenze überschreiten konnten: überall dort also, wo sie den eingeforderten Sturz der Regierung direkt oder indirekt erreichten, sich alsbald aber mit Regierungen konfrontiert sahen, die keinen Deut besser sind als die zu Fall gebrachten. Dies gilt für Griechenland (Wechsel von der Pasok zur Großen Koalition unter Führung der Nea

Dimokratia), für Italien (Ende der Epoche Berlusconi, Große Koalition unter Führung des ex-kommunistischen Partito Democratico), für Spanien (Wechsel von der PSOE zur postfaschistischen Partido Popular und absehbar in eine Große Koalition) wie für Portugal (Wechsel von der PS zur aktuellen Rechtskoalition): In allen diesen Ländern ruht die Durchsetzung der Troika-Politik nicht nur auf der ökonomischen Erpressung, sondern immer auch auf dem offenbaren Fehlen einer Durchsetzungsperspektive auf Seiten der Widerstandsbewegungen.

Das Fehlen einer solchen Durchsetzungsperspektive wird aber nicht schon dadurch beseitigt, dass die Bewegungen durch oppositionelle Linkspartei-Allianzen neuen Typs einen ersten Zugang in die »Mitte« der Gesellschaft und damit auch in Parlamente gewinnen konnten. Die gerade abgeschlossenen Europawahlen zeigen, dass fast alle diese Allianzen an einer (in den meisten Fällen nicht einmal erreichten) 10%-Marke still gestellt wurden. Dies liegt maßgeblich daran, dass es ihnen nicht gelungen ist, sich der Vorstrukturierung des politischen Felds durch einen (christ-)konservativ definierten rechten und einen sozialdemokratisch definierten »linken« Pol zu entziehen. Der Kreisgang der Massenmobilisierung schließt derart den Kreisgang ihrer zur Opposition verurteilten Partei-Supplemente ein. Anders sieht es gegenwärtig nur in Griechenland und Spanien aus – wir kommen im Weiteren darauf zu sprechen.

2.1 Exkurs zur Bipolarität des Politischen

Die Strukturierung des politischen Felds durch einen rechten und einen linken Pol geht formell auf die Sitzordnung des nachrevolutionären französischen Parlaments zurück, ist für bürgerliche Gesellschaften aber nicht zuletzt aufgrund und entlang ihrer Klassenspaltung bis auf den heutigen Tag *konstitutiv* geblieben und war in der Phase der Blockkonfrontation auch für die internationalen Beziehungen bestimmend. Mit dem ersten Weltkrieg begann die innere Splitterung der beiden Pole: am linken Pol kam es zur Trennung kommunistischer Parteien von den Sozialdemokratien, am rechten zur Formierung faschistischer Parteien. (Christ-)Konservative und sozialdemokratische Parteien blieben dennoch während der meisten Zeit dominant; im Verhältnis der beiden Pole zueinander lag die Vorherrschaft zumeist beim rechten Pol. Zu Regierungsbildungen des linken Pols kam es nur in Ausnahmesituationen, erstmals mit der Regierung der französischen Volksfront 1936/37, in mehreren anderen Ländern in der Folge des Mai 1968.

Schon im Sog der heraufziehenden Mai-Bewegung kam es in Deutschland zur Bildung einer ersten Großen Koalition von CDU und SPD; der inne-

ren Tendenz der Epoche folgend bereitete sie die Ablösung der seit 1945 ununterbrochen regierenden CDU durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung vor.

Zur bipolaren Strukturierung des politischen Feldes gehört, dass im Kampf um die Regierungsmacht stets dem Pol der Vorrang zufiel, der von sich behaupten konnte, nicht nur sich selbst, sondern auch die Mitte des Feldes, mithin die »Mitte der Gesellschaft« zu repräsentieren. Sind Kämpfe um Vorherrschaft deshalb noch heute Kämpfe um die Mitte, artikuliert sich auch darin die Klassenspaltung der Gesellschaft: Kämpfe um Vorherrschaft sind immer auch Kämpfe um die Mittelklassen, um die Bildung eines Mitte-Oben- oder eines Mitte-Unten-Blocks. Konnte die Sozialdemokratie an der Regierung die in sie gesetzten Erwartungen immer nur sehr begrenzt erfüllen, lag dies nicht zuletzt an ihrer unumgänglichen Orientierung auf eben diese Mitte.

Bewirkten grüne Parteien in der Folge des Mai 68 eine weitere Differenzierung des linken Pols, teilte sich die erste rot-grüne Koalition in Deutschland mit der britischen New Labour-Regierung die Vorreiterrolle in der systematischen Radikalisierung der von konservativen Regierungen eingeleiteten neoliberalen Konterreformen. Dabei geriet die von der rot-grünen Koalition ab 1998 umgesetzte »Agenda 2010« zur Blaupause der heute auf ganz Europa ausgeweiteten Troika-Politik; dieser nur scheinbar paradoxen Logik folgend wird sie aktuell in Frankreich und Italien durch Regierungen unter Führung des linken Pols durchgesetzt.

2.2 Strategische Ortsbestimmung

Warum dieser Exkurs? Weil die Strukturierung des politischen Feldes in einen rechten und einen linken Pol und das Gravitieren beider Pole um die für alle Mehrheitsbildungen entscheidende Mitte des Feldes die Bedingung der Unmöglichkeit und zugleich die Bedingung der Möglichkeit eines Politikwechsels ist, der diesen Namen verdienen würde.

Sie ist die Bedingung der Unmöglichkeit eines tatsächlichen Politikwechsels, weil die Verlagerung der letzten Entscheidung in die Mitte ein Abschleifen der bipolaren Differenzierung bis zur tendenziell vollständigen Austauschbarkeit der Pole zur Folge hat: Hier liegt einer der wichtigsten Gründe für die Heraufkunft metastabiler postdemokratischer Verhältnisse, hier liegt auch der Grund dafür, dass sich – besonders prominent in Spanien – viele Aktivist_innen der neuen Widerstandsbewegung subjektiv als »weder rechts noch links« identifizieren. Dabei belegen die aktuellen Großen Koalitionen, dass das Abschleifen der Unterschiede den Rest an Differenz

bewahren muss, der es ihnen erlaubt, jeden wirklichen Unterschied zu neutralisieren. Dem entspricht, dass die heutige Große Koalition – anders als die der 1960er Jahre – unter keinen Umständen Ausgangspunkt einer ihr folgenden Linksverschiebung sein wird: Sie ist nichts als ein Mechanismus, der allein der Herrschaftssicherung dient.

Bedingung der Möglichkeit eines tatsächlichen Politikwechsels ist die bipolare Strukturierung des politischen Feldes insoweit, als der Verlagerung der letzten Entscheidung in die Mitte gleichsam ein Wahrheitsmoment zukommt. Nur durch sie nämlich wird ein Politikwechsel zum zwar von Minderheiten eröffneten, doch zuletzt auch von einer Mehrheit getragenen Umbruch, d.h. zu einem Umbruch, der ohne diktatorisches Moment auskommt. Nach der Erfahrung des 20. Jahrhunderts kann man das von links her gar nicht anders wollen: Es ist dies trotz allem – ein großer, von uns hier bewusst so hoch gehängter Begriff – die Wahrheit der sozialdemokratischen Linken.¹ Deshalb liegt das strategische Problem der gesamten Linken heute in dem Umstand, dass die Wahrheit der Sozialdemokratie ihren Ort nicht mehr in den sozialdemokratischen Parteien findet, aber bislang auch keinen anderen Ort gefunden hat.

2.3 Rot-grün-rot

Soll die Blockade der Politik durch die großkoalitionär integrierte Mitte – man kann auch sagen: durch die Diktatur der Mitte – gebrochen werden, muss nicht nur die sozialdemokratische Wahrheit, sondern müssen sämtliche am linken Pol des Politischen angesiedelten Wahrheiten einen neuen

¹ Da wir diesen Begriff gleich um zwei weitere, zum Begriff einer in sich dreifältigen »rot-grün-roten Wahrheit« ausweiten wollen, wollen wir ihn hier per Fußnote erläutern. Wir sprechen etwas pathetisch von der sozialdemokratischen Wahrheit, weil wir ihren »Punkt« – dass ein linker gesellschaftlicher Umbruch auch insoweit ein demokratischer Umbruch sein muss, als er die Zustimmung im Grunde von zwei Dritteln der Gesellschaft einschließen muss – für unverzichtbar und in diesem Sinn schlicht und tatsächlich für wahr halten. Wir nennen diesen Punkt »sozialdemokratisch«, weil er noch und gerade im Unterschied zur historischen Realität sozialdemokratischer Partei- und Regierungspolitik seit 1914/1917 deren innersten »Geist« – noch ein großes Wort – ausgemacht hat. Da dies so ist, kann man im Blick auf die Aktualität sozialdemokratischer Partei- und Regierungspolitik sagen, dass es in ihr weithin und vielleicht sogar unumkehrbar zur Scheidung von sozialdemokratischer Wahrheit bzw. sozialdemokratischem Geist einerseits und real existierender Sozialdemokratie andererseits gekommen ist: derart, dass die sozialdemokratische Wahrheit in der sozialdemokratischen Partei- und Regierungspolitik keinen Ort mehr hat: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich selbst als solche verstehen, wissen, wovon wir reden.

Ort finden. Eine erste Antwort auf dieses Problem liegt darin, diesen Ort außerhalb des institutionalisierten politischen Feldes zu finden. Es ist dies die Antwort, die die transnationalen Widerstandsbewegungen zu geben suchen; es ist dies aber auch die Antwort der schon genannten Linksparteien neuen Typs, sofern sie sich als »Bewegungsparteien« verstehen. Das Ungenügen dieser Antwort liegt nun aber darin, dass das von den Bewegungen geschaffene Außen des politischen Feldes die Metastabilität des Feldes selbst bis jetzt nicht »entmächtigen« konnte und dies absehbar auch nur in Ausnahmesituationen erreichen wird.

Diese Einsicht lag in Deutschland dem 2010 begonnenen Versuch des Instituts Solidarische Moderne (ISM) zugrunde, einen »Crossover«-Prozess zu beginnen, um die in der Schlussphase der schwarz-gelben Koalition immerhin nicht auszuschließende Bildung einer rot-grün-roten Koalition von links her zu beeinflussen. Mit der Bildung der Großen Koalition ist dieser Versuch ins Leere gelaufen. Er ist dies umso mehr, als der Ausschluss von der Regierungsmacht die Grüne Partei nicht dazu gebracht hat, mit ihrer prinzipiellen Zustimmung zur Troika-Politik zu brechen. Wie am deutlichsten in der schwarz-grünen Koalition Hessens zu sehen ist, bietet sie der CDU lediglich eine andere Weise der Moderation dieser Politik an – eine Weise, in der die nominelle Vollbeschäftigungs- und Wachstumsorientierung der SPD durch die Orientierung an einem Green New Deal ersetzt würde. Wie tief die Einbindung der Grünen in die Logik des politischen Feldes geht, zeigt aktuell ihre Position zur Ukraine Krise: Anders als die SPD und anders sogar als die CDU bestanden führende Grüne und organische Intellektuelle der Partei selbst dann noch auf fortgesetzter Eskalation, als das sozialdemokratische Außenministerium längst kalte Füße bekommen hatte und zum Rückzug blies. Dabei haben sich, um diesen Punkt grundsätzlicher zu fassen, die Grünen so wenig wie die SPD von der »Agenda 2010« getrennt: Beide Parteien optieren noch heute lediglich für eine »Korrektur« der damals eingeschlagenen Richtung. Sie optieren damit, um auch hier unmissverständlich zu formulieren, letzten Endes für die Politik der Großen Koalition.

Wenn zuletzt noch zu sagen bleibt, dass auch die Partei DIE LINKE zum Scheitern der rot-grün-roten Option beigetragen hat, liegt das daran, dass die LINKE zumindest bis jetzt nicht das Potenzial erwerben konnte, den verwaisten linken Pol des politischen Feldes wenn nicht für sich zu vereinnahmen, so doch maßgeblich zu bestimmen. Trotz ihrer prinzipiellen Ablehnung der Troika-Politik, trotz der Ablehnung der imperialen Außenpolitik der EU und trotz ihrer mehrfach bewährten und deshalb auch unstrittigen Zugehörigkeit zur transnationalen Widerstandsbewegung ist sie bis heute

nur zum Platzhalter einer gesellschaftlich relevanten Alternative geworden. Zu sehr erinnern der Stil, aber auch die thematischen Ansatzpunkte ihrer Opposition an diejenigen, die nun von der Oppositions- auf die Regierungsbank umgezogen sind: Noch als einzig glaubwürdige Gegenkraft zum Spiel der Großen Koalition sieht sie als Teilnehmerin eben dieses Spiels aus. Kommt ihre Performance nur selten über das politische Ritual hinaus, liegt das nicht zuletzt an der schwachen Beteiligung der Neuen Sozialen Bewegungen in der Partei. Auch hier liefert das Verhältnis zum Ukrainekrieg einen entscheidenden Fingerzeig: In der von Teilen der Partei eingenommenen pro-russischen Orientierung verdichten sich all die Züge der LINKEN, die es ihr schwer machen, über ihre bisherigen Milieus hinauszuwachsen.

3. Zwischenspiel oder Auftakt

Das reifste Beispiel für eine auch parteipolitische und deshalb in der Tendenz regierungsmächtige Überwindung der großkoalitionären Blockade des Politischen ist fraglos die griechische SYRIZA, zu Deutsch »Koalition der radikalen Linken«.

Es gibt diese Partei nun knapp zehn Jahre. Sie wurde von enttäuschten Sozialdemokrat_innen, Kommunist_innen und Gewerkschaftler_innen, aber auch von Mitgliedern linksradikaler Gruppen und bis dahin parteilosen Aktivist_innen verschiedener sozialer Bewegungen gegründet. Bei ihrer ersten Wahlkandidatur 2004 kam sie auf ganze 3,2% und zerfiel erst einmal wieder, gründete sich 2007 neu und errang 5% der Stimmen, fiel 2009 wieder unter 5%, sprang im Jahr der großen Platzversammlungen und Demonstrationen auf 16,8%. Danach gründete sie sich ein zweites Mal neu und steigerte ihren Stimmenanteil wenige Monate später auf 26,8%. Heute nennt sie sich SYRIZA – *Enotiko Kinoniko Metopo* (dt. *Vereinte Soziale Front*). Ihr Vorsitzender Alexis Tsipras kandidierte bei den Europawahlen im Mai 2014 für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission.

3.1 »Liste Tsipras«

SYRIZA und Tsipras haben diese Kandidatur erwartungsgemäß nicht gewonnen. Allerdings ist SYRIZA in Griechenland zur stärksten politischen Partei mit zuletzt doch überzeugendem Abstand auf die auf den zweiten Platz verwiesene Nea Dimokratia geworden. Im Verweis auf die Delegitimierung der griechischen Großen Koalition – die Sozialdemokrat_innen der PASOK wurden auf 8% reduziert – forderte SYRIZA gleich nach ihrem Wahlsieg vorge-

zogene Parlamentswahlen in Griechenland – eine Forderung, die die Große Koalition erwartungsgemäß abgelehnt hat.

Dabei erklärt SYRIZA in aller Offenheit – und hier erst wird es richtig spannend –, an den herrschenden Verhältnissen im Land wenig ändern zu können: ein radikaler Unterschied zu allen anderen Parteien. Eine SYRIZA-Regierung wird, das sagt die Partei unmissverständlich, primär eine Regierung des Protests sein: Sie wird nicht anstelle der Leute auf den Plätzen sprechen, sondern sie will und wird sich auch als Regierung von den Plätzen adoptieren lassen. Aber, und das ist der Witz der Kandidatur ihres Vorsitzenden für das Amt des Kommissionspräsidenten der EU: Sie will nicht bloß eine griechische, sondern eine europäische Regierung des Protests sein. SYRIZA bejaht die Transnationalisierung der Politik, versteht sich selbst nicht nur als eine griechische, sondern als eine europäische politische Kraft. Unmittelbarer Teil dieser europäischen politischen Kraft sind insofern auch die italienischen Bewegungsaktivist_innen, die zu den Europawahlen unter dem Namen »Liste Tsipras« eine eigenständige Wahlliste einreichten und damit die beiden konkurrierenden Linksparteien *Partito Rifondazione Comunista* (PRC) und *Sinistra Ecologia Libertà* (SEL) zwingen, auf eigene Kandidaturen zu verzichten.

3.2 Eine andere Krisenpolitik

Aber was heißt das: eine europäische Regierung des Protestes bilden zu wollen, die von den Plätzen adoptiert wird? Es heißt, dass SYRIZA eine neue Demokratie vorschlägt, eine Demokratie, die ihren Ort im Alltag des Widerstandes, auf den großen Versammlungen der Plätze und in den nationalen und transnationalen Institutionen des Staates hat, und das genau in dieser Reihenfolge. Das Neue dieser Demokratie liegt darin, in absichtsvoller Verkehrung der Rede von der Krise der Demokratie eine Demokratie der Krise sein zu wollen. Das ist, darauf kommt hier alles an, keine formaldialektische Rhetorik und Taschenspielererei. Das Ziel einer SYRIZA-Regierung wird es sein, nicht nur Griechenland, sondern die ganze Europäische Union in eine politische Krise zu stürzen. Kommt es zu dieser Krise, so das Kalkül, dann werden die Karten neu gemischt: eben nicht nur auf den Plätzen, nicht nur in ungezählten Transformationen des Alltagslebens, sondern auch in den politischen Institutionen.

Es ist davon auszugehen, dass dieses Vorgehen in Spanien, Portugal und Italien massiv unterstützt werden wird. Es wird dann, für alle sichtbar, für alle vernehmbar, erstmals wieder eine wirkliche Alternative geben: die Möglichkeit eines anderen Europa, das dann nicht mehr das der Troika

wäre. Machtpolitisch kann sich das so zuspitzen, dass die gegenwärtig herrschenden Eliten sich gezwungen sehen, eine demokratisch gewählte Regierung für alle sichtbar ins Abseits zu stellen oder gar abzusetzen. Wagen sie das nicht, wird es – für eine Demokratie unumgänglich – zu Verhandlungen kommen müssen, die diesen Namen zu Recht tragen.

Verhandlungen zum Beispiel und vor allem anderen über ein Schuldenmoratorium nicht nur für Griechenland, sondern für alle Schuldenländer. Im Interview mit der Redaktion einer führenden deutschen Fernsehnachrichtensendung, geführt mit dem SYRIZA-Finanzpolitiker Theodoros Paskovopoulos, liest sich das wie folgt: »Was jetzt in Europa passiert, ist unvernünftig. Die momentane Politik ist unsolid. Wir haben ganz klar gesagt, dass wir ein Gesetz ins Parlament einbringen werden, das alle Eingriffe in das innere Recht annulliert. Kein internationales Abkommen kann bestimmen, wie hoch die griechischen Renten sind oder wie Verhandlungen über Tarifabschlüsse ablaufen. Das sind Sachen des inneren Rechts – das wollen wir wieder herstellen. (...) Wir schlagen unseren Partnern eine europäische Schuldenkonferenz vor. Daran sollen Regierungen teilnehmen, aber auch Wissenschaftler und Gewerkschaftler. Unser Vorschlag ist ein Moratorium für die Krisen-Länder, damit sie ihre Wirtschaft wieder in Gang bringen. (...) Wir glauben, dass ein mittelfristiges Moratorium von drei Jahren ausreichen wird. Das gilt unter der Voraussetzung, dass wir es schaffen, pro Jahr die Staatseinnahmen um ein Prozent der Wirtschaftsleistung zu steigern.« Anschließende Frage der Redaktion: »Wer soll Ihnen dieses Moratorium finanzieren?« Abschließende Antwort des SYRIZA-Politikers, wörtlich: »Letztlich ist das Verhandlungssache. Das wollen wir mit unseren Partnern diskutieren.« (tagesschau.de 2012)

4. Platzanweisung auf mittlere Frist

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht gesichert, ob SYRIZA überhaupt in die Lage kommen wird, das eigene Projekt praktisch zu erproben. Das hängt nicht nur an einem dazu erforderlichen Wahlsieg, sondern auch an der dazu erforderlichen inneren Kraft: Ein solches Projekt ist so noch nicht gewagt worden. Doch erhebt schon der Umstand, dass das SYRIZA-Projekt den einzigen Gegenpol zur herrschenden Postdemokratie darstellt, die von der Partei programmatisch eingeforderte Europäisierung linker Alternativen zum strategischen Maß der nächsten Jahre. Dies gilt auch und gerade für uns in Deutschland als dem Land Europas mit dem niedrigsten Ni-

veau sozialer Kämpfe. Kommt es zu einer SYRIZA-Regierung und erweisen sich diese Regierung und die ihr vorausgehenden Bewegungen als stark genug, mit der Umsetzung ihrer Idee wenigstens zu beginnen, ist die gesellschaftliche Linke in Deutschland aufgefordert, dem dann zu erwartenden Angriff aus Berlin nach Kräften in den Arm zu fallen. Kann SYRIZA auf einen Bruch nicht nur in Griechenland, sondern in Europa orientieren, heißt das für uns, das deutsche Gegenprojekt im eigenen Land mit allen Mitteln zu delegitimieren und seine auch in Mittel- und Nordeuropa waltende Hegemonie zu untergraben. Weil diese Hegemonie aber eben nicht nur von der CDU, sondern auch von der SPD und den Grünen getragen wird, ist die LINKE gut beraten, die formelle Option einer rot-grün-roten Koalition im Bund 2017 kategorisch an die Bereitschaft der SPD und der Grünen zu binden, sich im Unterschied zur Merkel-Gabriel-Regierung ernsthaft auf die von SYRIZA eingeforderte »Verhandlungssache« einzulassen und dies zum Ausgangspunkt des eigenen Projekts zu machen. Eben das aber ist weder von der SPD noch von den Grünen zu erwarten: Verlangte eine solche Wende doch genau den grundsätzlichen Bruch mit der Troika-Politik und damit auch mit der CDU, den beide Parteien *konstitutiv* nicht wollen. Sie dazu aufzufordern, hieße zu verlangen, dass sie aufhören, die Agenda-2010-Parteien zu sein, die sie sind.²

4.1 Drei Wahrheiten

Sagen wir also: Rot-Grün-Rot kann 2017 keine Option sein. Heißt dies nun aber, dass das Projekt selbst gestorben ist? Heißt das, dass wir zum Kreisgang sozialer Bewegungen und zum Kreisgang auf die 10%-Marke fixierter Linksparteien verdammt sind, d.h. zu einer randseitigen Politik ohne Durchsetzungsperspektive? Wir sind jetzt an der Stelle angelangt, an der wir ausführen müssen, was wir unter den rot-grün-roten Wahrheiten im oben umrissenen Sinn verstehen.

Die erste »rote«, d.h. die sozialdemokratische Wahrheit haben wir schon erläutert. Sie liegt in der Einsicht, dass ein linker Politikwechsel – ein Bruch mit der Troika-Politik im Zug der Einleitung einer sozialökologischen Transformation Europas – nur eine Chance hat, wenn er zu einem zwar von Minderheiten eröffneten, doch zuletzt auch von einer Mehrheit getragenen politischen Umbruch wird. Die zweite, die so verstandene »grüne« Wahr-

² Was auf der Bundesebene ausgeschlossen bleibt, kann auf Länderebene vielleicht gewagt werden. Bedingungen dafür finden sich in einem auf die Wahlen in Thüringen bezogenen Artikel Raul Zelik (2014).

heit liegt darin, dass ein linker Politikwechsel tatsächlich eine sozialökologische und zugleich radikaldemokratische Transformation einleiten muss: getragen von den politischen Begehren, die ihre Artikulation dem Mai 1968 verdanken.

Dies schließt ein, dass eine sozialökologische Transformation eine Transformation des Politischen in Inhalt wie in der Form einschließen muss: im Sinn dessen, was zu Beginn der 1980er Jahre die Form grüner Politik und mithin grüner Parteien war. Analog zur Ortlosigkeit der sozialdemokratischen Wahrheit wird man sagen müssen, dass die so verstandene »grüne« Wahrheit ihren Ort nur noch sehr bedingt in der deutschen Grünen Partei hat: Sie hat dort Unterschlupf in einem grün-linken Flügel gefunden, der für die Partei selbst nicht maßgeblich ist und dies absehbar auch nicht werden wird.

Anders verhält es sich mit der zweiten »roten« Wahrheit, der der LINKEN. Ihr eigener Punkt liegt darin, dass eine sozialökologische Transformation Europas nur unter Einschluss einer strategisch antikapitalistischen Tendenz eingeleitet werden kann. Diese Formulierung wurde mit Bedacht gewählt: Sie sagt nicht, dass die sozialökologische Transformation Europas als solche bereits antikapitalistisch sein wird, sondern nur, dass sie zum Konflikt mit der kapitalistischen Produktionsweise führen wird, zu einem Konflikt, der als solcher nur gewagt werden kann, wenn er auch gewollt wird.

Nun kann man nicht sagen, dass diese Wahrheit in der LINKEN und den anderen europäischen Linksparteien keinen Ort hätte, im Gegenteil: Diese Parteien haben in dieser Wahrheit nach wie vor ihren Daseinsgrund. Doch stimmt zugleich, dass aktuell abgesehen von SYRIZA keine dieser Parteien in der Lage ist, auch nur den linken Pol des politischen Feldes, geschweige denn dessen Mitte hinter sich zu bringen. Es stimmt zugleich, dass dies maßgeblich daran liegt, dass kaum eine dieser Parteien glaubhaft für eine Politik einsteht, die die Gleichrangigkeit ökonomischer und ökologischer Problematiken, den Zusammenhang von Fragen der Arbeit mit solchen des Geschlechts und der Generation, die Wechselseitigkeit der Inhalte und der Form des Politischen zur Voraussetzung hat. Sicher: formell schließen die Programme aller linksoppositionellen Parteien im erweiterten Sinn des Wortes »grüne« Passagen ein. Doch glaubt niemand, dass sie für diese Parteien tatsächlich leitend sind: aus Gründen, die weniger politische als vielmehr kulturelle sind. Daran vermag bis auf weiteres auch der Umstand nichts zu ändern, dass die Grüne Partei selbst nicht mehr wirklich für die »grüne« Wahrheit steht, und dass dies, politisch letztlich bedeutender, auch für das Gros ihrer Wähler_innen nicht mehr gilt.

Ist aus all dem auf die Unmöglichkeit eines rot-grün-roten Projektes zu schließen? Nein. Doch darf dieses Projekt nicht mehr als ein parteipolitisches, sondern es muss als ein gesellschaftliches Projekt verstanden werden. Das schließt nicht aus, sondern gerade ein, es als ein Projekt zu verstehen, das zu organisieren ist.

4.2 Podemos: »Wir können!«

Wen soll dieses Projekt ansprechen, wer soll sich für es organisieren, wen soll es organisieren? Die Antwort darauf ist ebenso allgemein wie pathetisch zu formulieren: alle, die für die rot-grün-roten Wahrheiten und für die Unumgänglichkeit ihres Zusammenhangs eintreten. Alle, die dafür eintreten, dass ein Bruch mit der Troika-Politik und die Einleitung einer sozialökologischen Transformation zwar von Minderheiten vorbereitet, doch letztendlich von einer großen gesellschaftlichen Mehrheit getragen werden muss. Die dafür eintreten, dass ein solcher gesellschaftlicher Umbruch, ein solcher Politikwechsel gleichen Ranges Antworten auf die soziale, die ökologische, die ökonomische, die kulturelle und die Demokratiefrage finden muss und folglich nicht einfach ein parteipolitischer und schon gar nicht nur ein Umbruch des Regierens, sondern ein Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse sein muss. Einen Umbruch, der in und außerhalb der Institutionen vollzogen wird und einen Umbruch auch von Lebensweisen einschließt. Alle, die sich deshalb für ernste und offene Verhandlungen mit SYRIZA einsetzen, d.h. für ein Ende der Troika-Politik und für die Wiederherstellung und zugleich systematische Erweiterung der sozialen, kulturellen und politischen Rechte aller Bürger_innen, einschließlich eines erweiterten Rechts auf Bürger_innenschaft.

Alle, die wissen, dass eine sozialökologische Transformation mit der Demokratisierung Europas beginnen muss, mit der selbst wiederum in jedem einzelnen europäischen Land begonnen werden muss. Alle, die sich politisch immer auch dafür einsetzen, dass eine sozialökologische Transformation die Durchsetzungsperspektive gewinnt, die ihr heute fehlt.

An dieser Stelle ist es höchste Zeit, an Italiens »Liste Tsipras« zu erinnern, an den Umstand, dass sie gerade nicht von den beiden Linksparteien initiiert wurde, die sie schließlich unterstützt haben, sondern von Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen sozialer Bewegungen. Und es ist Zeit, von Podemos (spanisch für »Wir können«) zu sprechen, auf der Linken neben SYRIZA zweifellos die wichtigste politische Kraft der letzten Europawahlen.

Die neu gegründete Partei ist die eigentliche Überraschung der spanischen Europawahlen und vereinigte knapp vier Monate nach ihrer Gründung 1,2 Millionen Stimmen auf sich: 7,9%. Zusammen mit der Linkspartei

Izquierda Unida (IU) bedroht Podemos zugleich die postfaschistische Partido Popular (PP) und die sozialdemokratische PSOE, die beide nicht einmal 50% der Stimmen auf sich vereinigen konnten und deshalb umgehend eine Diskussion um die Bildung einer Großen Koalition eröffneten.

Initiiert wurde Podemos von jüngeren linken Akademiker_innen, aufgegriffen wurde deren Initiative vor allem von Aktivist_innen der Indignado-Bewegung. Podemos ist allerdings – trotz erfolgreicher Wahlbeteiligung – nur sehr bedingt als politische Partei zu verstehen. Sie organisiert sich über »Kreise«, d.h. ein weithin informelles Netzwerk von lokalen Versammlungen im In- und Ausland. Die Kandidat_innenliste ging aus einem Wahlprozess im Vorfeld der Europawahlen hervor, an dem über 30.000 Wähler_innen teilnahmen. Gleich nach den Wahlen lud Podemos die Izquierda Unida, verschiedene linke Regionalparteien und eine kleinere grüne Partei, vor allem aber die Aktivist_innen sozialer Bewegungen zu einem offenen politischen Abstimmungsprozess ein: zur Bildung eines gemeinsamen politischen Blocks im Parlament, auf den Straßen und Plätzen, im Alltagsleben.

4.3 Crossover: Organisiert euch

Die nicht mehr parteipolitische, sondern gesellschaftliche Organisation eines rot-grün-roten Projekts, mithin einer im vollen und weitesten Sinn des Wortes gesellschaftlichen Linken kann in Deutschland auch von der Geschichte des globalisierungskritischen Netzwerks attac lernen. attac ist weder partei- noch strömungspolitisch fixiert und schließt Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft und Bindung ein, die einem übergreifenden Anliegen – der Kritik der neoliberalen Globalisierung – verpflichtet sind. Auch wenn das Netzwerk an Bedeutung verloren hat: Die von ihm erfundene politische Form hat sich bewährt. Von attac wäre zu lernen, dass und wie eine Organisation primär der Förderung einer offenen Debatte dienen und auf dieser Basis sogar zur politisch eingreifenden Organisation werden kann. Von attac wäre zu lernen, wie man Parteimitglieder und Bewegungsaktivist_innen, Mitglieder von Gewerkschaften und Mitarbeiter_innen von NGOs, Wissenschaftler_innen und Menschen zusammenbringt, die einfach einen Ort zur Artikulation ihres Unbehagens am Lauf der Dinge suchen. Von attac wäre schließlich zu lernen, wie man auf organisierte Weise sowohl auf partei- wie auf bewegungspolitischem Feld wirksam werden kann. Von attac bleibt zu lernen, dass die Sache selbst des Politischen zugleich lokal und global orientiert sein muss.

Eine auf den Widerstand gegen die postdemokratische Neutralisierung des Politischen und auf diese Weise bereits auf die Einleitung einer sozial-

ökologischen Transformation ausgerichtete gesellschaftliche Organisation könnte an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten den Raum schaffen, der Frage nachzugehen, wie eine sozialökologische Transformation Europas auch und sogar in Deutschland eine Durchsetzungsperspektive gewinnen kann. Sie könnte damit selbst Teil einer solchen Durchsetzungsperspektive, könnte neben der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken zur Ansprechpartner_in SYRIZAS, der Liste Tsipras und von Podemos in Deutschland werden. Dabei darf, und daran hängt hier alles, der Begriff der Organisation nicht institutionell verstanden werden, und er darf in gar keinem Fall im Sinn einer Parteiorganisation verstanden werden: Es geht darum, Gelegenheiten zu schaffen und Räume zu öffnen, damit die zusammenfinden, die in ganz verschiedenen Weisen nach Durchsetzungsperspektiven für Alternativen zum Bestehenden suchen und sich darüber austauschen wollen.

Literatur

- tagesschau.de (2012): Syriza Berater vor der Wahl: Griechenland braucht ein Schuldenmoratorium, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/interviewsyriza100.html.
- Zelik, Raul (2014): Emanzipation und Reformpolitik – Was könnte sich ändern unter Rot-Rot-Grün? Elf Thesen zu Mitte-Links-Regierungen in Thüringen und anderswo, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/934624.emanzipation-und-reformpolitik.html.

AUTOR_INNEN

Vera Bunse, freie Journalistin, seit April 2012 Redakteurin bei Carta.info, kommt aus der IT-Branche, bloggt seit 2009 über die Umbrüche in Netzpolitik, Medien, Politik und Gesellschaft und arbeitet in NGOs mit, die sich mit informationeller Selbstbestimmung und Verbraucherschutz befassen.

Frank Engster hat an der FU Berlin promoviert und war nach der Promotion u.a. Juniorfellow am Postwachstumskolleg Jena. Er leitet mit Stephan Lessenich und Ute Kalbitzer das Projekt Solidarische Arbeitsverhältnisse, das im Rahmen des ISM entstanden ist.

Thomas Fatheuer ist Sozialwissenschaftler, freier Berater, Autor und war bis 2010 der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. In seinem 2013 erschienenen Buch »Neue Ökonomie der Natur« beschreibt er die Natur als wirtschaftlichen Akteur.

Corinna Genschel arbeitet seit 2006 als Mitarbeiterin der Kontaktstelle soziale Bewegungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und ist dort zuständig für den Bereich »Neue Soziale Bewegungen«. Derzeitiger Schwerpunkt der Arbeit ist die Kooperation mit den (europäischen) Bewegungen gegen und rund um »die Krise«. Sie ist aktiv im Koordinierungskreis von Blockupy und Blockupy International.

Fritz Glunk ist Gründungsherausgeber des politischen Kulturmagazins DIE GAZETTE. Bis 1976 war er im Goethe-Institut tätig, danach in der Carl Duisberg Gesellschaft, Köln, sowie als Abteilungsleiter im Max Hueber Verlag, Ismaning. Seit 1986 arbeitet er als Schriftsteller und Publizist.

Ina Hartwig lehrte an der FU Berlin, in Göttingen und St. Louis (USA), war Herausgeberin des »Kursbuch« und viele Jahre lang Literaturredakteurin der »Frankfurter Rundschau«. Heute schreibt sie hauptsächlich für »Die Zeit« und die »Süddeutsche Zeitung«. Mitglied der SPD seit 2012 und Mitglied im ISM Kulturbeirat.

Cansel Kiziltepe, Diplom-Volkswirtin, ist seit 2013 SPD-Bundestagsabgeordnete. Sie ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss. Zudem hat sie mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin und persönliche Referentin des Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner gearbeitet.

Volker Koehnen ist Diplom-Politikwissenschaftler und Systemischer Berater (Systemische Gesellschaft), arbeitet bei der Gewerkschaft ver.di im Landesbezirk Hessen. Er ist Mitglied des Vorstands des ISM.

Dieter Kramer, ao. Prof. (Universität Wien), ist Kulturwissenschaftler/Europäischer Ethnologe, 1977 bis 1990 im Dezernat Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main bei Hilmar Hoffmann, bis Juni 2005 Oberkustos im Museum für Völkerkunde der Stadt Frankfurt am Main.

Stephan Lessenich ist Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und beschäftigt sich seit vielen Jahren insbesondere mit Fragen der Sozialpolitik und des Sozialstaats. Er ist einer der fünf Kuratoriumssprecher_innen des ISM.

Thomas Lohmeier ist Gesellschafter einer Agentur für Kommunikation und Gestaltung in Berlin sowie Mitglied der Redaktion des Magazins »prager frühling«.

Daniel Loick lehrt Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er beschäftigt sich mit Fragen der politischen Philosophie und Sozialphilosophie, insbesondere der Staats- und Rechtskritik sowie dem Zusammenhang von Politik und Lebensform. Von ihm erschien 2012 im Campus-Verlag die »Kritik der Souveränität«.

Anke Martiny ist Mitglied im deutschen Vorstand der NGO Transparency und ehemalige Berliner Kultursenatorin, Bundestagsabgeordnete und langjähriges SPD-Parteivorstandsmitglied. Sie ist Sprecherin des ISM-Vorstands.

Mario Neumann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ISM. In seiner politischen Freizeit ist er u.a. in der Blockupy-Bewegung aktiv.

Lisa Paus ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und Diplom-Volkswirtin. Als Sprecherin für Steuerpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist sie Mitglied und Obfrau im Finanzausschuss. Von 1999 bis 2009 war sie Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Astrid Rothe-Beinlich ist Vize-Präsidentin des Thüringer Landtages und Parlamentarische Geschäftsführerin der Thüringer Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Sie ist Sprecherin des ISM-Vorstands.

Dieter Rucht ist em. Professor für Soziologie und war bis Juni 2011 Ko-Leiter der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.

David Salomon vertrat bis Ende März 2014 die Professur für Politische Bildung an der Universität Siegen, wo er seit dem 1. April als Lehrkraft für besondere Aufgaben arbeitet. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Didaktik der politischen Bildung und politische Ästhetik.

Jan Schlemmer promoviert an der Phillips-Universität Marburg und beschäftigt sich seit vielen Jahren insbesondere mit staatstheoretischen Fragen und der Entwicklung linker Bündnispolitiken. Er ist im Blockupy-Bündnis aktiv.

David Schommer ist Diplom Soziologe und freier Fotograf. Er arbeitet zur Zeit als Erzieher mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Thomas Seibert ist Philosoph, Autor und politischer Aktivist sowie einer der fünf Sprecher_innen des ISM-Vorstands.

Klaus-Dieter Stork ist Diplomsoziologe, war Büroleiter und Persönlicher Referent von Linda Reisch und Dr. Nordhoff im Dezernat Kultur und Freizeit (1994-2001), von 2001 Fachbereichsleiter und Kulturmanager der Stadt Hanau, Geschäftsführer des Comoedienhauses Wilhelmsbad bis April 2014, seit März Stabsstelle Kulturmanagement.

Wolfgang Storz ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Von 2002 bis 2006 war er Chefredakteur der Frankfurter Rundschau.

Tom Strohschneider ist Journalist, seit dem 1. August 2012 Chefredakteur der Tageszeitung neues deutschland.

Axel Troost ist als Volkswirt seit 1981 Geschäftsführer der parteiunabhängigen »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandumgruppe), seit 2005 finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und seit 2012 stellvertretender Parteivorsitzender. Er ist Vorstandssprecher des ISM.

Moritz Warnke hat in Frankfurt Soziologie studiert, war dort u.a. in den Bildungsprotesten engagiert und lebt mittlerweile in Berlin.

Martin Wimmer ist Mitglied des ISM-Kuratoriums und Gründer des ISM Kulturbeirats. Seit 2012 ist er Leiter des Büros des Frankfurter Oberbürgermeisters. Zahlreiche Veröffentlichungen, Lesungen und Kunstinstallationen zu Politik, Literatur und Musik.

Frieder Otto Wolf ist Philosoph, Politikwissenschaftler, Politiker und Humanist. Er arbeitet seit 2007 als Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin.

Andrea Ypsilanti ist Abgeordnete der SPD im Hessischen Landtag. Von 2007 bis 2009 war sie Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Sie ist Vorstandssprecherin des ISM.

Raul Zelik ist Schriftsteller und war bis 2013 Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens.

VSA: Solidarische Moderne

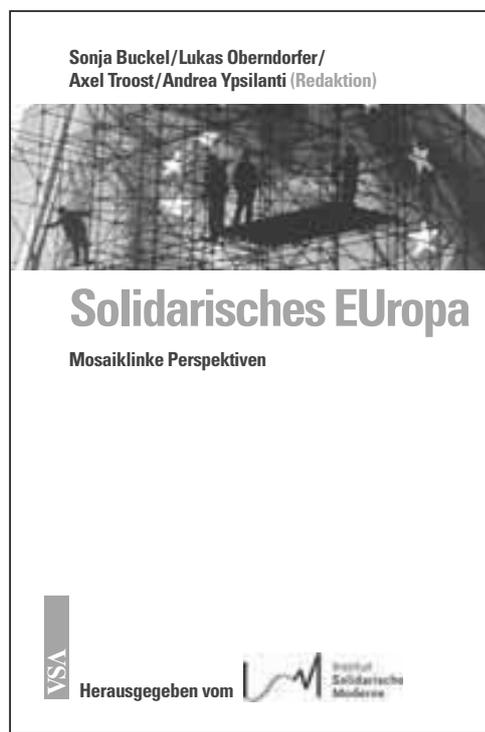


Johannes Angermüller / Sonja Buckel /
Margit Rodrian-Pfennig (Redaktion)
Solidarische Bildung
Crossover: Experimente selbstorganisierter
Wissensproduktion
Herausgegeben vom
Institut Solidarische Moderne
336 Seiten | 2012 | € 22.80
ISBN 978-3-89965-498-1

»Das hier dokumentierte ›Crossover‹ zeigt,
dass solidarische politische Bildungs- und
Diskussionsprozesse effektiv möglich
sind.« (Micha Brumlik in der taz vom
5.6.2012)

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Sonja Buckel/Lukas Oberndorfer/
Axel Troost/Andrea Ypsilanti (Redaktion)
Solidarisches EUropa
Mosaiklinke Perspektiven
Herausgegeben vom
Institut Solidarische Moderne
240 Seiten | 2013 | € 16.80
ISBN 978-3-89965-567-4

Wissenschaftler_innen, Vertreter_innen
linker Parteien sowie Aktivist_innen aus
NGOs und sozialen Bewegungen suchen
konkrete Alternativen eines solidarischen
EUropas. Sie stellen wesentliche Frage-
stellungen in einem Crossover-Prozess
zur Diskussion. Im Zentrum stehen eine
alternative Politische Ökonomie und eine
demokratische Erneuerung, die nicht an
den Grenzen EUropas haltmachen.

www.vsa-verlag.de

VSA

Werden Sie Institutsmitglied!

Unterstützen Sie die Solidarische Moderne!

Die Zeit ist reif für neue Ideen! Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie das Institut Solidarische Moderne in seiner Arbeit an neuen linken Politikkonzepten und einem Verständigungsprozess zwischen den Akteuren der politischen Linken.

Anders als andere Institute, die von wenigen, finanzstarken Interessengruppen getragen werden, zeichnet sich das Institut Solidarische Moderne auch durch seine Unabhängigkeit aus. Werden auch Sie jetzt Mitglied des Instituts Solidarische Moderne und damit Teil des Projekts.

Entweder schnell und einfach online:

<https://www.solidarische-moderne.de/de/topic/10.mitglied-werden.html>

Oder Sie schicken den folgenden Antrag an die unten stehende Adresse.

Ich möchte Mitglied des Instituts Solidarische Moderne e.V. werden.

Name: _____ Vorname: _____

Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Tätigkeit: _____ Organisation/Funktion: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Mitgliedsbeitrag

- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag von 8,33 pro Monat, das sind 100 € im Jahr.
- Ich habe kein oder nur ein geringes Erwerbseinkommen und zahle daher den ermäßigten Mitgliedsbeitrag von 2,50 € pro Monat, das sind 30 € im Jahr.
- Ich möchte einen höheren Mitgliedsbeitrag zahlen, nämlich _____ € im Jahr.

Der Mitgliedsbeitrag wird jährlich erhoben.

Zahlungsmöglichkeiten

Wir bitten Sie um eine Einzugsermächtigung, weil dies unseren Verwaltungsaufwand erheblich verringert und uns mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge verschafft.

- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Verein Institut Solidarische Moderne e.V. meinen Beitrag von folgendem Konto (nur für Konten in Deutschland) abbucht:

KontoinhaberIn: _____

Kto.-Nr.: _____

Bank: _____

BLZ: _____

Datum/Unterschrift: _____

- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag auf folgendes Konto:

Institut Solidarische Moderne e.V.
Berliner Sparkasse
IBAN: DE76 1005 0000 6603 1790 14
BIC: BELADEBEXX



Unterstützen Sie das Projekt
gerne auch mit Ihrer
Spende.